

## **Resolution der IHK-Vollversammlung zur Zweiten Rheinbrücke Karlsruhe / Wörth**

Wirtschaftswachstum setzt eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur voraus. Diese muss kontinuierlich künftigen Anforderungen angepasst werden. Die IHK-Bezirke Pfalz und Karlsruhe gehören zu den prosperierendsten Regionen Deutschlands, was auch an ihrer engen wirtschaftlichen Verflechtung liegt. Um die wirtschaftliche Dynamik in der Südpfalz und in der TechnologieRegion Karlsruhe zu sichern, ist der zügige Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe und Wörth unerlässlich.

Die bestehende Brücke bildet das zentrale Bindeglied zwischen der A 65 und der B 9 auf pfälzischer sowie der A 5, A 8 und B 3 6 auf badischer Seite. Täglich nutzen mehrere Tausend Pendler die Brücke. Regionale, überregionale und Transitverkehre sind ebenfalls auf die Brücke angewiesen. Überlastungen in Spitzenzeiten mit Staus beeinträchtigen schon heute den Verkehrsfluss. Dabei wird der bestehenden Brücke eine Resthaltbarkeit von nur noch wenigen Jahren (2015) beschieden, ehe sie zum Teil unter Vollsperrung instand gesetzt werden muss. Ausweichverkehre über die nächstgelegenen Rheinquerungen müssten einen Umweg von bis zu 60 km (Rheinbrücken Germersheim bzw. Rastatt) in Kauf nehmen, was erhebliche wirtschaftliche Beeinträchtigungen zur Folge hätte.

Die bestehende Rheinquerung zwischen Karlsruhe und Wörth wurde 1966 für lediglich 33.000 Fahrzeuge pro Tag konzipiert. Die heutige Belastung der Brücke beträgt mit rund 80.000 Fahrzeugen pro Tag deutlich mehr als das Doppelte. Bis 2025 wird mit einem Anstieg der Belastung auf 98.500 Fahrzeuge täglich gerechnet. Dieser Mehrverkehr kann über die vorhandene Rheinbrücke sowie das Wörther Kreuz nicht mehr abgewickelt werden und erfordert eine zusätzliche Rheinquerung.

Angesichts der Baufälligkeit und Überlastung der bestehenden Brücke besteht höchster politischer Handlungsdruck. Im Mai 2011 wurde das Planfeststellungsverfahren zum Bau einer weiteren Rheinquerung (Nordvariante) bei Wörth eingeleitet. Die Öffentlichkeit hatte Gelegenheit die Planungen einzusehen und hierzu Stellung zu beziehen. Aktuell werten die zuständigen Behörden diese Stellungnahmen aus. Vor diesem Hintergrund überrascht der von den Verkehrsministerien in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg anberaumte zweitägige Faktencheck zur Rheinquerung. Das Verfahren soll der Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung bei der Faktenklärung dienen. Warum dieses während des bereits laufenden Planfeststellungsverfahrens mit seiner gesetzlich bestimmten Öffentlichkeitsbeteiligung notwendig ist, bleibt unklar. Hinzu kommen Äußerungen, die nahe legen, man könne durch die Sanierung der bestehenden Querung auf den Bau einer zusätzlichen Brücke verzichten.

### **Beschluss:**

**Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Pfalz fordert daher die zügige Durchführung des Planfeststellungsverfahrens und den schnellstmöglichen Baubeginn der zweiten Rheinbrücke (Nordbrücke) bei Wörth. Weitere Verzögerungen im Verfahren oder gar neue Diskussionen zu bereits im Raumordnungsverfahren geprüften und verworfenen Alternativen verzögern lediglich den dringend notwendigen Bau einer zweiten Rheinquerung.**

**Zudem begrüßt die Vollversammlung Planungen, die zweite Rheinbrücke auf badischer Seite zumindest direkt an die B 36 anzubinden. Hierdurch würden die Verkehrsströme weiter entflochten und die Wirkung einer neuen Querung erhöht.**